

623/AE XXI.GP

Eingelangt am: 28.02.2002

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Ulrike Lunacek, Mag. Barbara Prammer, Petrovic, Stoisits, Freundinnen und Freunde

betreffend Sofortmaßnahmen gegen die geplante Steinigung von Frau Safya Hussein Tugar-Tudu

Amnesty International und andere internationale Organisationen haben einen Hilferuf in folgender Angelegenheit an die internationale Staatengemeinschaft geschickt: In Nigeria wurde kürzlich Safya Hussein Tugar-Tudu, eine junge nigerianische Frau, zum Tode verurteilt, weil sie, ohne verheiratet zu sein, ein Kind bekommen hat. Dies wird nach dem in der Region gültigen islamischen Recht als schwerer Rechtsbruch betrachtet und entsprechend sanktioniert, allerdings zumeist nur bei Frauen. So ist es auch in diesem Fall so, dass der Vater des Kindes wegen Mangel an Beweisen freigelassen wurde. Wenn nicht unverzüglich starker internationaler Druck auf Nigeria ausgeübt wird, wird Safya Hussein Tugar-Tudu in etwa einem Monat gesteinigt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der österreichische Nationalrat verurteilt mit allem Nachdruck die geplante Steinigung von Frau Safya Hussein Tugar-Tudu als zutiefst grausam und menschenrechtswidrig.
2. Die Bundesregierung, im Speziellen die Außenministerin, wird aufgefordert, unverzüglich alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die nigerianische Regierung bzw. die zuständigen regionalen Behörden von ihrem Vorhaben, Frau Safya Hussein Tugar-Tudu steinigen zu lassen, abzubringen.
3. Des weiteren wird die Bundesregierung, im Speziellen die Außenministerin, aufgefordert, auf europäischer Ebene eine Initiative zu setzen, um - wie das in verschiedenen Fällen drohender Todesstrafen schon gelungen ist - speziell zur Verhinderung von Frauenrechtsverletzungen eine europaweit gemeinsame Vorgangsweise festzulegen.
4. Für den Fall, dass Frau Safya Hussein Tugar-Tudu zwar vor der Steinigung bewahrt werden kann, aber kein gesicherter Aufenthalt für sie und ihr Kind in Nigeria möglich ist,

wird die Bundesregierung aufgefordert, in Absprache mit den übrigen EU-Staaten dafür zu sorgen, dass beiden die Einreise nach Europa ermöglicht und Asyl gewährt wird.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Menschenrechtsausschuss vorgeschlagen.

/